

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen  
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Was der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1928 erstrebte und erstritt

I.

**D**er Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes über das Jahr 1928 liegt jetzt in dem erheblichen Umfang von über 350 Seiten vor. Es ist schon der Mühe wert, das reichhaltige Werk zu studieren, um ein umfassendes Bild über die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse des Jahres 1928 zu erhalten und die rege Tätigkeit zu erkennen, die unser Verband in diesen bewegten Zeiten entfaltete, um die Lage der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu verbessern. — Der Geschäftsbericht beginnt mit den innenpolitischen Ereignissen des Jahres 1928, wobei er sich besonders mit den Reichstagswahlen vom 20. Mai und den Schwierigkeiten der darauffolgenden Regierungsbildung beschäftigt. Dann fährt der Bericht fort:

Außenpolitisch war das Jahr 1928 ein Jahr der Stagnation. Wohl wurden durch den Außenminister Frankreichs, Briand, bereits Anfang Februar des Berichtsjahres Räumungsverhandlungen noch vor den deutschen und französischen Wahlen angekündigt, wohl kündigte der Ministerpräsident Frankreichs, Poincaré, am 1. April 1928 in Carcassone die Bereitschaft zur Endlösung des Reparationsproblems an; allein, es blieb während des Berichtsjahres bei diesen schönen Gesten.

Auch die 9. Völkerbundsversammlung, die im Monat September des Berichtsjahres in Genf tagte, brachte den deutschen Wünschen nach Räumung der noch besetzten Gebiete und endgültiger Lösung der Reparationsfrage keine Erfüllung. Auch in der Frage der allgemeinen Abrüstung der Nationen wurden nur schöne Reden gehalten. Als Vertreter Deutschlands nahm Reichskanzler Müller an den Verhandlungen teil. Der Standpunkt der deutschen Regierung und des deutschen Volkes wurde durch den Sozialdemokraten Müller, dessen Rede zur Abrüstungsfrage zweifellos den Höhepunkt der Genfer Reden bildete, gut vertreten. Es war eine der stärksten und kühnsten Reden, die in dieser Versammlung überhaupt je gehalten wurden, würdig und frei von allen Höflichkeitsfloskeln und rhetorischen Phrasen. Der Reichskanzler sprach von den Massen, die in ihrer einfachen und richtigen Denkart den Gegensatz zwischen den vielen Friedensgestirnen der Regierungen und ihrer fortdauernden Machtpolitik nicht begreifen können. Er sprach von dem doppelten Gesicht der internationalen Politik, die einerseits schwungvolle Friedensreden hält und andererseits in der Praxis dafür sorgt, daß alles beim alten bleibt, und daß die aus dem Weltkrieg herührenden Schranken nicht völlig beseitigt werden. Seit Bestehen des Völkerbundes war es das erste Mal, daß ein deutscher solche starken Worte in dieser Versammlung aussprach. Nur ein Sozialdemokrat konnte einen solchen Ton anschlagen; ein bürgerlicher Politiker, vor allem ein deutschnationaler Minister, hätte diese Worte nicht wagen können. Die Entgegnung Briands auf diese Rede Müllers verunglückte, so daß die Nationalisten in beiden Ländern schon triumphierend das Ende der Verständigungspolitik ankündigten.

Ein positives Ergebnis hatte also diese mit großem Tamtam angekündigte Völkerbundsversammlung für die berechtigten Wün-

sche Deutschlands nicht gehabt. Als Extrakt der wochenlangen Beratungen, Verhandlungen, Kommissionsitzungen kam folgendes Communiqué heraus:

Am Schlusse der dritten Besprechung, die die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans abhielten, haben sie mit Befriedigung die freundschaftlichen Bedingungen festgestellt, unter denen die wichtigsten Fragen erörtert worden sind, die Gegenstand ihres Meinungsaustausches waren. — Eine Einigung ist in folgenden Punkten zwischen ihnen zustande gekommen:

1. Ueber die Eröffnung einer offiziellen Verhandlung über die vom deutschen Reichskanzler vorgebrachte Forderung nach vorzeitiger Rheinlandräumung.

2. Ueber die Notwendigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzfachverständigen der sechs Regierungen einzusetzen.

3. Ueber den Grundgeden der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission; die Zusammensetzung, das Funktionieren, das Arbeitsgebiet und die Dauer dieser Kommission werden Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen den Regierungen bilden.

Erwähnenswert ist noch ein Vorgang auf dem Gebiet der internationalen Politik, der mehr als symptomatische Bedeutung hat, und zwar der Abschluß des sogenannten Kellogg-Paktes am 27. August 1928 zu Paris. Die Unterzeichnung dieses Paktes, die von 14 der größten Nationen vorgenommen wurde, hat den Bruch mit der alten völkerrechtlichen Idee vom Recht auf den Krieg vollzogen. Leichtfertige Störungen des Friedens werden durch den Pakt erschwert, das Risiko des Friedensbrechers wird erhöht. Für eine einzelne Macht wird es schwerer sein als bisher, ohne Zustimmung und Förderung anderer Mächte zu den Waffen zu greifen und den friedlichen Nachbarn mit Krieg zu überziehen. Stellt der Kellogg-Pakt auch nur theoretische Friedensarbeit dar, so ist seine Unterzeichnung durch die ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und Frankreich doch ein Stück praktischer Friedensarbeit. Die Auswirkung des Vertrages wird in dem Maße wachsen, wie es der sozialistisch und international eingestellten Arbeiterschaft gelingt, Einfluß auf die auswärtige Politik ihrer Regierungen zu erlangen. Ohne die Bereitschaft dieser für Völkerveröhnung eingestellten Arbeiterschaft zu praktischem Handeln und Wollen im Dienste des Völkerfriedens würde auch dieser Pakt nur eine schöne Geste bleiben.

Während wir im Geschäftsbericht für das Jahr 1927 von einer fortschreitenden Besserung der Wirtschaftskondition berichten konnten, die zur Erzielung von Rekordhöhen in den einzelnen Industrien in der Förderung, Erzeugung und Fabrikation führten, hat sich das Wirtschaftsleben im Berichtsjahr wesentlich ungünstiger gestaltet.

Nur die Gewinnung von Kohle und die Eisenerzeugung bleiben im Berichtsjahr wenig hinter der des Jahres 1927 zurück und in der Braunkohlenförderung lag die Produktion sogar noch höher als im Jahre 1927. Die Zahl der Konkurse im Jahre 1928 zeigt jedoch deutlich die rückläufige Entwicklung der Wirtschaft an.

Als ein Zeichen der rückläufigen Bewegung muß auch angesehen werden das Bestreben der Unternehmer, durch Kündigung der bestehenden Tarifverträge eine Senkung der Löhne und eine Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Während in der Hochkonjunktur des Jahres 1927 das Bestreben der Arbeitnehmer dahin ging, unter Ausnutzung der günstigen Konjunktur eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durchzusetzen, drehen die Unternehmer ihrerseits im Berichtsjahr den Spieß um. Das Kräfteverhältnis hatte sich unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation zugunsten der Unternehmer verschoben. Trotz alledem konnten die Tariflöhne, wie die nachstehende Tabelle zeigt, auch im Jahre 1928 dank der verstärkten Kampfkraft der Organisationen erhöht werden.

	Tariflöhne (in Mk.) gewogener Wochenlohn des Statistischen Reichsamts (bei regel- mäßiger Arbeitszeit)		Indez (1913 = 100) der		
	Gelernte	Ungelernte	Gesamt- lebens- haltung	Er- näh- rung	Be- kleidung
November 1925 ..	45,96	33,90	141,4	146,8	173,2
November 1926 ..	46,31	34,38	143,6	148,2	158,4
November 1927 ..	49,34	36,94	150,6	152,0	164,2
November 1928 ..	52,15	40,21	152,3	152,0	172,0

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist, wie aus der Tabelle ersichtlich, der durchschnittliche Tariflohn sogar relativ stärker angestiegen als der Lebenshaltungsindex.

Die besten Rückschlüsse auf den Grad der Konjunktur bietet die Entwicklung des deutschen Außenhandels. Zwar hat die Passivität der deutschen Handelsbilanz seit Anfang des Berichtsjahres in ziemlich regelmäßigem Verlauf abgenommen. Die Ursache lag aber nicht an der Steigerung der Ausfuhr, sondern an der Abnahme der Einfuhr. Diese Derringerung der Einfuhr, die sich in der Hauptsache auf Rohstoffe und Halbfabrikate bezieht, kann aber nicht anders gewertet werden, als daß sie die beginnende Verschlechterung der Konjunktur anzeigt. Nicht übersehen darf dabei auch werden der Stand der Arbeitslosigkeit.

Selbst im Jahre 1927, das ein überaus günstiges Bild von der Wirtschaftslage der deutschen Industrie gab, sank die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenfürsorge bzw. -versicherung selbst im günstigsten Monat niemals unter 500 000 Personen. Unter Einbeziehung der vorhandenen Kurzarbeiter waren im Rekordjahr 1927 immer noch rund 700 000 Personen als arbeitslos zu betrachten. Die Gewerkschaften hatten in diesem günstigen Jahr auf je 100 Mitglieder 4,6 Arbeitslose und 2,0 Kurzarbeiter. Also selbst in einem Jahr mit guter Produktion konnten noch nicht alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in den Produktionsprozess eingeschaltet werden.

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften hatten ziemlich 1 000 000 Arbeitslose und Kurzarbeiter Ende des Berichtsjahres zu verzeichnen. Diese Zahl erhöht sich nach den amtlichen Veröffentlichungen, so daß Ende Dezember des Berichtsjahres 2 000 000 Unterstügte der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge festgestellt wurden. Das sind Zahlen, die deutlich genug den Ernst der wirtschaftlichen Situation anzeigen und auch gleichzeitig die ungeheure Belastung kundtun, die dem Reich durch Unterstützung dieses Millionenheeres entsteht.

Wenn die Unternehmer den wirtschaftlichen Notwendigkeiten mehr Verständnis entgegenbringen würden, dann hätten sie die rückläufige Bewegung der Konjunktur wenigstens in etwas dadurch aufhalten können, daß sie durch Erhöhung der Löhne oder Senkung der Warenpreise die Aufnahmefähigkeit der großen Massen der Verbraucher steigerten. Ausschlaggebend für das gesamte Wirtschaftsleben ist nicht nur eine Steigerung der Arbeitsleistung und der gesamten Produktion, sondern vor allen Dingen auch eine gesteigerte Absatzmöglichkeit der erzeugten Produkte. Aber zu dieser Erkenntnis der Dinge werden sich die führenden Industriellen in absehbarer Zeit kaum aufschwingen. Amerikanische Industrielle haben für diese wirtschaftlichen Notwendigkeiten seit langer Zeit mehr Weitblick gezeigt. Wie Rationalisierung sollte doch neben gesteigerter Produktion auch eine Verbilligung der erzeugten Produkte bringen. Aber davon spürt man auf dem Warenmarkt nichts. Dagegen sind die Dividenden für Aktieninhaber in allen Zweigen der Wirtschaft auch im Berichtsjahr wieder recht fett gewesen. Gegenüber dem Vorjahr haben sie keine Senkung erfahren.

Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, daß das Vermögenseinkommen in Deutschland sehr gestiegen ist. Im dritten Vierteljahr 1928 ergab der Steuerabzug vom Kapitalertrag eine um 34 Proz. höhere Summe als im gleichen Vierteljahr 1927. Die letzte Statistik über die Gewinne von 7465 deutschen Aktiengesellschaften zeigt für 1927/1928, daß auf 14 564 Millionen Mark Kapital 1087 Millionen Mark Reingewinne ausgewiesen und 853

Millionen Mark Dividende verteilt worden sind. Außerdem wurden 969 Millionen Mark Abschreibungen gemacht, so daß Gewinne und Abschreibungen im Durchschnitt einen Rohgewinn von 14,1 Proz. auf das Aktienkapital ergeben. Nicht eingerechnet sind die Gewinne, die sofort im Betrieb, sicher in sehr großen Beträgen, wieder angelegt wurden.

Forcht man nach den weiteren Ursachen dieser rückläufigen Entwicklung der Wirtschaft, so wird man feststellen können, daß die Geldknappheit auf dem Kapitalmarkt bzw. die während des Berichtsjahres Geltung habenden hohen Zinssätze den Rückgang der Konjunktur zur Folge hatten. Die deutsche Wirtschaft hat immer noch einen hohen Kapitalbedarf, den sie langfristig beansprucht. Kurzfristiges Geld war nach den Bankausweisen infolge des hohen Zinsfußes reichlich auf dem Markt vorhanden. Aber für langfristige Kredite fanden sich nicht genügend Angebote. Die Wirtschaft hat daher infolge des hohen Diskonts auf die Aufnahme neuer Kredite verzichten müssen.

Wenn man die Vorgänge des Jahres 1928 nach der gewerkschaftlichen Seite hin untersucht, so wird man ohne weiteres feststellen können, daß im Berichtsjahr ein weiterer Aufstieg der deutschen Gewerkschaften zu verzeichnen ist, und daß das Berichtsjahr ein Jahr umfassender, harter, aber auch erfolgreicher Kämpfe war. Die bereits im Vorjahr angewandte und bei den Unternehmerverbänden sehr beliebte Taktik der Massenausperrungen kam auch im Berichtsjahr zur Anwendung, zu dem Zweck, die Gewerkschaften aktionsunfähig zu machen. Den Zeitpunkt der abgleitenden Konjunktur glaubte man benutzen zu können, um etwaige geplante Lohnbewegungen der Arbeiterschaft im Keim zu ersticken.

Der Bericht erinnert dann an die großen Streiks und Ausperrungen im Jahre 1928, insbesondere an die Ausperrung der 213 000 Metallarbeiter im Ruhrgebiet, die mit dem Schiedspruch Severings endete. Dazu sagt der Bericht noch:

„Aber nicht nur diese große Ausperrung wurde mit einem Erfolg für die Arbeiterschaft zum Abschluß gebracht, sondern auch die Ausperrungen in anderen Industriegebieten und die als Angriffsbewegungen durch die Arbeiterschaft geführten Streiks endeten durchweg mit mehr oder weniger gutem Erfolge zugunsten der Arbeiterschaft. So ist es denn auf Grund dieser Vorgänge weiter kein Wunder, daß einem großen Teil der Unorganisierten, die mit in den Ausperrungsstrudel hineingerissen wurden, die Erleuchtung und damit die Erkenntnis ihrer eigenen Lage kam und sie den entscheidenden Schritt zur gewerkschaftlichen Orientierung unternahmen. Was durch die Unternehmer bei diesen Kämpfen mit beabsichtigt war, Schwächung des Mitgliederstandes und der Finanzkraft der Gewerkschaften, schlug in das Gegenteil um. Zu dem Riesenheer der Gewerkschaftsmitglieder, das in den Kampf hineingezogen wurde, stießen im Berichtsjahr neue Bataillone entschlossener Mitstreiter, die Abwehrfront gegen die Unternehmervillkür verstärkend. — Während am Schluß des Jahres 1927 die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften 4 415 689 Mitglieder auf sich vereinigen konnten, steht am Schluß des Berichtsjahres als vorläufiges Ergebnis fest, daß diese Mitgliederzahl auf über 4 700 000 gestiegen ist. Rechnet man zu diesen Zahlen nach vorsichtiger Schätzung noch die Mitglieder des AFA-Bundes und die des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hinzu, so kommt man auf die stattliche Zahl von 5 500 000 freigewerkschaftlich organisierter Mitglieder.“

Aber auch die finanzielle Schlagkraft der freien Gewerkschaftsbewegung hat im Berichtsjahr eine bedeutende Stärkung erfahren. Weit über 200 Millionen Mark können als Einnahme der freien Gewerkschaften im Berichtsjahr gebucht werden, so daß auf das Vermögen größere Beträge zurückgelegt werden konnten. Diese finanzielle Stärkung wird die Gewerkschaften in die Lage versetzen, kommenden Stürmen und Kämpfen mit Ruhe und Zuversicht, gestützt auf das Vertrauen der Mitgliedschaft, entgegenzusehen.

Ziehen wir das Fazit über die Vorgänge des Jahres 1928 in politischer, wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Hinsicht, so können wir wohl mit Befriedigung feststellen, daß der Vormarsch der Arbeiterschaft auf keinem dieser Gebiete zum Stillstand gekommen ist.

Man kann den Sozialismus in der Tat nicht besser definieren, als daß er diejenige Phase der sozialen Organisation repräsentiere, in der von Staats wegen ein zweckmäßiges Ernährungssystem für die Gesellschaft errichtet wird. Die demokratische Regierung aber kündigt diesen Umwälzung an.

Macdonald („Recht des Staates“).

## Kommunale Woche im Westen? — Antikommunale Woche!

### II.

Das die Elberfelder Tagung beherrschende Problem hieß „Kommune und Wirtschaft“. Man konnte also annehmen, daß diese von westdeutschen Kommunen veranstaltete Tagung die besonderen Probleme der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen erörtern wollte. Der aufmerksame Zuhörer konnte aber bald feststellen, daß die Veranstalter der Tagung unter dem genannten Thema etwas ganz anderes verstanden, nämlich die Frage des Verhältnisses der Kommune zur Privatwirtschaft. Die Kälte, mit der die Ausführungen Mulerts von den Teilnehmern aufgenommen wurden, war ein Zeichen dafür, daß man in dieser Versammlung der Kommunalbeamten die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen nicht verteidigt, sondern angegriffen wissen wollte.

Zu den wichtigsten Referaten, die überhaupt im Laufe der Woche gehalten wurden, gehörte dasjenige des Universitätsprofessors Dr.-Ing. Blum, Hannover, über die Probleme des Verkehrswesens. Professor Blum sagte einmal im Laufe des Vortrags, daß vornehmlich im Verkehrswesen die Menge der Intelligenz heute in einem umgekehrten Verhältnis steht zu der Menge der Worte. Gerade das Referat von Blum läßt sich durch diesen Satz charakterisieren. Was soll man dazu sagen, daß Blum im Anfange seines Referates die Ursache dafür, daß heute in der Nationalökonomie die Forderung des öffentlichen Betriebes für das Verkehrswesen eine Selbstverständlichkeit ist, darin erblickt, „daß alle nach ein und derselben Quelle abgeschrieben haben“. Das könne man haarscharf nachweisen. Erstaunen mußte es schon den Zuhörer, wenn der Referent gleich im Beginn seines Vortrages den Gemeindebetrieb im Verkehrswesen in einer sehr eigentümlichen Form gegen den Privatbetrieb abgrenzte. Im Blum'schen Sinne haben wir unter Privatbetrieb nicht die Betriebsführung durch irgendeinen Privatunternehmer zu verstehen, sondern durch einen Unternehmer, der eben nicht die Stadtverwaltung ist. So kann der Privatbetrieb im städtischen Verkehr beispielsweise nach Blum durch das Reich oder durch den Staat geführt werden. Danach ist für Blum auch die Straßenbahn in Hannover, die den preußischen Staat zu ihrem größten Aktionär rechnet, ein Privatbetrieb. Die ganzen Ausführungen litten denn auch außerordentlich durch die wenig motivierte Art der Unterscheidung zwischen Gemeindebetrieb und Privatbetrieb. Blum behauptete dann ferner, daß es wenig Zweck hätte, über die Frage zu diskutieren, ob im Verkehrswesen der öffentliche Betrieb besser ist als der Privatbetrieb, da es sich hier um wirtschaftspolitische Grundanschauungen handele. Dessen ungeachtet setzte sich Blum aber mit aller Heftigkeit für den privaten Betrieb im Verkehrswesen ein, ohne daß er eindeutig nachzuweisen vermochte, wo die Nachteile und wo die Vorzüge des privaten Betriebes liegen. Wenn Blum den öffentlichen Betrieb dort für berechtigt ansieht, wo der Verkehrsbetrieb

eine „ruhig abgeklärte Erscheinung geworden ist, und den Privatbetrieb dort, wo das Verkehrsmittel aus dem „ruhig abgeklärten“ des gesamten Verkehrs herausfällt, so halten wir das für eine Argumentation, die wenn auch nicht voreingenommen, so doch banal ist.

Die Besprechung der einzelnen Verkehrsmittel begann Blum mit dem Hinweis, daß es durchaus nicht so „verständlich“ sei, wenn das Fernsprechnetz sich im Besitze der Reichspost befindet. Man könne sich sehr wohl einen Zustand denken, wo der Fernsprechnetz von einer Privatgesellschaft übernommen würde. Anerkennen mußte Blum, daß die Häfen dort im städtischen Betriebe sein müssen, wo sie dem allgemeinen öffentlichen Verkehr dienen. Die Entwicklung hätte auch bewiesen, daß der Gemeindebetrieb für die Häfen das Richtige sei, aber es blieb uns nicht zu erkennen, daß Blum damit sagen wollte: Überall dort, wo es sich wie bei den Häfenbetrieben um Zuschußbetriebe handele, sei der Betrieb durch die öffentliche Hand berechtigt. Eine städtische Aufgabe sah der Referent auch darin, daß die Stadt systematisch Anschlußgleise für private Firmen herstellt. Die Schaffung von Privatgleisanlagen wäre besonders für die Städte im Bergischen Land, am Niederrhein und in Westfalen eine dringende Aufgabe. Mit Bezug auf das besondere Verkehrsmittel der Elberfelder Schwebelbahn und die Schnellbahnen in Hamburg und Berlin meinte der Referent, daß diese Verkehrsmittel zum mindesten von Privaten betrieben werden müssen. In diesem Zusammenhange äußerte sich Blum ausführlicher über die Gründe, aus denen er ein grundsätzliches Bekenntnis zum Gemeindebetrieb im Straßenbahnwesen ablehnt. Den wichtigsten Grund sieht Blum wörtlich in folgendem:

„Deutschland ist ein Kulturland, wir haben an unseren Grenzen im Osten Halbkulturland, wir sind in der deutschen Industrie darauf angewiesen, mit unserer Intelligenz in die östlichen Gebiete und nach Aserbeidjan zu gehen, denn wir sind ein Intelligenz ausführendes Land. . . . Es ist ganz klar, sobald der private Unternehmungsgeist im städtischen Verkehrswesen erdroffelt wird, dann ist die Chance da, daß, wenn in Moskau, Petersburg oder Peking Straßenbahnen gebaut werden, sie durch deutsche Ingenieure gebaut werden, und daß die Schienen, die Schwellen, die Wagen, Motore und Schalter aus Deutschland bezogen werden!“

Wir gestehen, daß wir diese Argumentation des Herrn Professor Blum einfach nicht verstehen, und finden auch deswegen keine Veranlassung, uns mit ihr auseinanderzusetzen. Daß durch den Gemeindebetrieb im Verkehrswesen der deutschen Exportindustrie das Rückgrat gebrochen wird, ist ein Satz, den ein Nationalökonom schon dem Studenten im ersten Semester niemals durchgehen lassen würde.

Jeder wird Blum zustimmen können, wenn er davor warnte, die Bedeutung des Autobusses für die Zukunft des städtischen Verkehrs wesentlich zu überschätzen, und einer Zusammenarbeit von Straßenbahn und Autobus das Wort redete. Zum Schluß

### Bei den Bernsteinfischern



In Deutschland sind die Hauptfundorte für Bernstein die West- und Nordküste des Samlandes. Der Bernstein wird teils im Tagebau auf dem festen Lande gefördert, teils bei Sturm aus der See gefischt. In den Tagebauten findet sich der Bernstein eingebettet in mehrere Meter starken Lagerstätten der sogenannten „Blauen Erde“, einer dunkelgefärbten tonig-sandigen Schicht, die viele Holzreste und Reste von kleinen Seetieren enthält. Früher waren auch im Kurischen Haff große Baggermaschinen in Tätigkeit, die aus dem Grunde der See eine reiche Bernsteinernernte zutage förderten.

Tagebauten, von denen die Ueberreste der stillgelegten Anlagen noch heute zu sehen sind, befanden sich in dem Hafenort Neukuhren und dem Badeort Rauschen an der Nordküste des Samlandes. Das größere der beiden vor Jahrzehnten stillgelegten Bergwerke lag in Rauschen östlich des Ortes am Meeresufer. Hier wurde aus einer sich vom Meere ins Land hineinziehenden, etwa 30 Meter hohen Steilwand die blaue Erde abgegraben. Der Staat hatte den Betrieb an einen Unternehmer verpachtet, der den Abbau der Wand mit den einfachsten Mitteln ausführte und die tote Erde alsdann auf Schubkarren in die nahe See fahren ließ. Nach den noch vorhandenen Unterlagen muß die Ausbeute ziemlich erheblich gewesen sein.

Das einzige noch in Betrieb befindliche Bergwerk, wo das Gold der Ostsee zutage gefördert wird, ist das staatliche Bernsteinbergwerk in Palmnicken an der Westküste des Samlandes. Hier

sind noch so mächtige Lagerstätten der führenden blauen Erde, daß sich der Abbau lohnt. Die abgegrabene Erde wird geschlämmt und der darin enthaltene Bernstein alsdann den verschiedensten Zwecken zugeführt.

Auch an anderen Stellen der Samlandküste ist die blaue Erde zu finden, z. B. in der sogenannten „Blauen Rinne“ westlich von Georgenswalde und in den Steilufeln östlich und südlich des Brüsterorter Leuchtturms. Aber die Erträge würden an diesen Stellen einen Abbau keinesfalls lohnen. Auch muß auf die Erhaltung der Steilufer Rücksicht genommen werden, da die Küste des Samlandes infolge ihrer weit in die Ostsee hineinragenden Lage den schweren Stürmen ganz besonders ausgesetzt ist. Für die nächsten Jahre geplante umfangreiche Uferbefestigungen von Neukuhren bis Warnicken sollen es verhüten, daß der Küste durch das fressende Meer weiterer Schaden geschieht und noch mehr Felder und Wälder in die Tiefe sinken. Besonders in den letzten Jahren sind die Sturmverheerungen beispiellos gewesen, wie breite, vom Steilufer über den Strand zum Meer gehende, metertiefe Schlammströme und auch die auf eine Länge von etwa 150 Meter in Warnicken eingestürzte und fortgespülte Mole beweisen.

Außer durch Bergbau wird der Bernstein auch noch durch Fischen gewonnen. Das Gesetz verbietet jegliches Graben von Bernstein und besagt weiter, daß alle gefundenen Bernstein dem Staate gehört. Der Staat, verkörpert durch die Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, hat nun in den Orten der Samlandküste, wo Bernstein in größeren Mengen gefischt wird, seine Aufkäufer ernannt, z. B. in Neukuhren, Rauschen,

behandelte Blum eingehend die Frage der Betriebsform für die Gemeindebetriebe im städtischen Verkehrswesen. Er forderte hier die Loslösung der Verwaltung von der übrigen Stadtverwaltung und die weitgehende Loslösung des Betriebes von der Stadtverordnetenversammlung. Ein kleiner Ausschuß sorgfältig ausgesuchter Männer soll mit der Kontrolle des Betriebes betraut werden, wobei es eine große Rolle spielt, daß „die Sitzungen nicht öffentlich stattfinden“. Mit dieser Forderung fand der Referent sogar bei den anwesenden Stadtverordneten volle Zustimmung.

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß der Referent nicht mit einem Worte auf die wichtigste Frage eingegangen ist, die hier zu behandeln gewesen wäre, nämlich die Tariffragen. Von hier aus wäre eine Möglichkeit gewesen, wirklich lebendig unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte die Frage Gemeindebetrieb oder Privatbetrieb im kommunalen Verkehrswesen zu entscheiden. Wir vermiften auch jeden Hinweis auf die Verkehrsfrage, die heute ja gerade im Ruhrgebiet so brennend ist. Wenn Herr Professor Blum ein wenig das Verkehrsweisen im Ruhrgebiet durchleuchtet hätte, dann hätte er die Nachteile eines privaten Betriebs im kommunalen Verkehrswesen deutlich aufweisen können. Wir vermiften weiter jede Bezugnahme auf das kommunale Verkehrsweisen der Stadt Berlin, das ja in seiner Geschlossenheit ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit des öffentlichen Betriebes ist. Das Beispiel Berlin besagt aber offenbar schon deswegen dem Professor Blum gar nichts, weil hier die Tarife nach seiner Auffassung viel zu billig sein dürften, und weil der muster-gültige Aufbau des Berliner Verkehrswezens von Sozialisten geschaffen worden ist.

Die an das Referat anschließende Diskussion brachte keine neuen Gesichtspunkte. Die Diskussionsredner begnügten sich im allgemeinen damit, dem Standpunkt des Referenten ihre Zustimmung zu geben.

Vollständig mißglückt war ein Vortrag, den an Stelle des verhinderten Frankfurter Stadtrats Max Herr Dr. Hecker, Düsseldorf über „Die städtische und private Baubetätigung unter besonderer Berücksichtigung des Dergebungswezens“ hielt. Dr. Hecker begnügte sich damit, noch einmal den Vortrag Mülerts in kurzem zu wiederholen. Seine kurzen Ausführungen zum Thema leitete er mit dem Hinweis ein, daß es schwer sei, festzustellen, ob in der Bauwirtschaft der Staat, die Kommune oder die Privatwirtschaft maßgebend sein sollen. Er fragte dann, ob es richtig sei, daß bei einer Kommunalisierung des Bauwesens das Verantwortungsgefühl schwinden würde, und ob der Privatbetrieb in dieser Richtung nicht bessere Garantie biete. Mit der Antwort auf diese Frage kam er nicht deutlich heraus. Hecker trat leblich für eine stärkere Heranziehung von privaten Architekten durch die Kommune ein und redete allgemein einer Verkündung der Baubeamten in der Kommune „mit den Männern der Privatwirtschaft“ das Wort.

Außerordentlich instruktiv waren aber die Ausführungen, die dann in der sehr lebhaften Diskussion der Beigeordnete Baurat

Schilling machte. Schilling behandelte das Thema einmal von dem Gesichtspunkt des Bauherrn und zweitens vom Gesichtspunkt der tatsächlichen Baubetätigung. Er wies an Hand seiner Erfahrungen deutlich nach, daß die Städte heute direkt gezwungen seien, sich als Bauherren zu betätigen. Was die Frage der tatsächlichen Ausführung der Bauten betrifft, so setzte Schilling sich ebenfalls für den Regiebetrieb ein, wenn er auch dafür war, daß man privaten Unternehmern hier und da eine Chance biete, und er fügte dann hinzu: „Ich glaube, daß diese Entwicklung viele dazu bekehren wird, den Regiebetrieb auf gewissen Gebieten wenigstens als Regulator und Heilfaktor beizubehalten und sogar weiter einzuführen, um mißbräuchlichen Anwendungen der Reichsverbindungsordnung, mißbräuchlichen Erscheinungen des freien Bau-marktes regulierend entgegenzuwirken.“

### Aus den Deutschen Gewerkschaften

Die 5. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Kiel wurde am 2. Juni durch eine eindrucksvolle Kundgebung der schleswig-holsteinischen Landarbeiter eröffnet. Aus dem Geschäftsbericht, den der zweite Vorsitzende Löhrke erstattete, ging hervor, daß es gelang, gegenüber 1926 die Beiträge der Landarbeiter wesentlich zu erhöhen. Aus dem Bericht des Kassierers Woldt ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl der Organisation eine starke Zunahme aufzuweisen hat. Im vierten Vierteljahr 1928 betrug die Mitgliederzahl 178 000, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 20 000. Die Fortschritte in der Betriebsrätewegung gab das Vorstandsmittglied Kreuzer bekannt. In der Aussprache wurde betont, daß die Landarbeiter bei vielen sozialpolitischen Maßnahmen immer noch ausnahmerechtlich behandelt werden. Die dem Gedanken wurde Ausdruck gegeben durch eine Entschließung, die die Einbeziehung der Landwirtschaft fordere in das Arbeitsschutzgesetz, in das Gesetz über Berufsausbildung, ferner in das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Herausnahme der Land- und Forstarbeiter aus der Sonderregelung der Arbeitslosenversicherung bei berufssüblicher Arbeitslosigkeit, dringende Beachtung der arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte bei der Zulassung ausländischer Arbeiter, Fortfall der Ausnahmebestimmung für die Landwirtschaft im Betriebsrätengesetz und Berechnung der Renten unfallverletzter Land- und Forstarbeiter nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst. — Der erste Vorsitzende Schmidt sprach dann über „Die Stellung des Verbandes zur wirtschaftspolitischen Lage der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe“. Er betonte, daß die Auffassung des Verbandes über das Wirtschaftsproblem in der Landwirtschaft sich mit dem decke, was im Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei gesagt ist. Ueber „Industriearbeiterlöhne für Landarbeiter“ sprach Bernier. Die niedrigen Löhne werden verwirft durch eine zu hohe Bewertung des Deputats. Landarbeit sei gelehrte Arbeit, die auch entsprechend bewertet werden muß. Die Wahl des bisherigen Vorstandes erfolgte einstimmig.

Groß-Kuhren und einigen Orten der Westküste. Diese Aufkäufer geben auf Antrag den Anwohnern gegen Zahlung einer kleinen Gebühr die Erlaubnis zum Sammeln und Fischen von Bernstein unter Aushändigung einer sogenannten Bernsteinmarke. Ausgeübt wird das Fischen des Bernsteins in der Hauptsache von der ansässigen Fischereibevölkerung. Die ergiebigsten Fundstellen befinden sich am Strande von Georgenwalde und an der Westküste zwischen dem Brüsterort Leuchtturm und Palmnicken. — Wie kommt nun der Bernstein ins Meer? Vor Jahrmillionen war an Stelle unserer Ostsee Urwald, riesige Kiefern, Fichten und Föhren. Stürme und stürzende Genossen schlugen den Bäumen Wunden, aus denen sie bluteten und Harz herausfloß. Das Baumharz tropfte herab und schloß manches kleine Insekt luftdicht für alle Ewigkeit ein, wie wir heute noch an hervorragenden Stücken mit einem besonderen Einschluß (Insekt) im Bernsteinmuseum in Königsberg sehen. Im Handel sind derartige Stücke gleichfalls zu verhältnismäßig niedrigen Preisen zu haben. Der Urwald und mit ihm das Harz sanken durch Stürme der Erdbildungsperiode zur Zeit des Tertiar in die Tiefe und wurden vom Meer bedeckt. Das Holz verkohlte durch den Druck von Sand, Steinen



und Wasser, aber das Harz, der Bernstein, blieb erhalten und wird nun Tausende von Jahren nach jenen Weltereignissen vom ewig arbeitenden Meer wieder herausgespült.

Nach den jahrelangen Beobachtungen kann man wohl annehmen, daß es tief in der Ostsee zwei große Felder versunkenen Bernsteinwaldes gibt, das eine nördlich von Danzig und dem Frischen Haff, das andere nördlich von Memel und dem Kurischen Haff. Das letztere wird von den Fischern als „die Modd“ (Modder, Schlamm) bezeichnet. Von diesen Feldern bringen nordwestliche bzw. für die Westküste nördliche und nordöstliche Stürme den Bernstein an die Küste. — Stürmtage an der Samlandküste, gleichzeitig verhaßt und ersehnt! Verhaßt, weil der Sturm dem Fischer die Netze, die er in den seltensten Fällen rechtzeitig herein-

holen kann, zerreißt, oder Tau und Faden zu einem unentwirrbaren Mufft zusammendreht, ersehnt aber wegen des bei entsprechender Sturmrichtung durch den Bernstein zu erwartenden Verdienstes.

Längst schon ist der Sommergast aus sonniger Ferienzeit wieder zu seinem Beruf ins Binnenland zurückgekehrt; verlassen liegt der Strand, nur von einigen Krähen und Möwen belebt. Dann draußen die Herbststürme ungeahnt heftig, rau und un-

# Organisationszugehörigkeit der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe

(Nach dem Stande vom 1. Januar 1929)

Das Organisationsgebiet unseres Verbandes erstreckt sich auf alle Betriebe der kommunalen, Staats- und Reichsverwaltungen, soweit besondere Umstände nicht Abgrenzungen geschaffen haben. Nach dem Fragebogen über Organisationszugehörigkeit aus 896 Filialen sind nach dem Stande vom 1. Januar 1929 in den Betrieben und Verwaltungen innerhalb unseres Organisationsbereiches insgesamt 362 547 Beschäftigte festgestellt worden. Davon sind 301 040 oder 83,0 Proz. männliche und 61 507 = 17,0 Proz. weibliche Beschäftigte. Von der Gesamtzahl der Beschäftigten gehören unserem Verbands an 240 771 oder 66,4 Proz. Der kassenmäßige Mitgliederstand am Jahreschluß 1928 betrug nach der Beitragsabrechnung für das vierte Vierteljahr 1928 257 933. Diese Differenz von 17 162 findet ihre Erklärung durch die in der Statistik über Organisationszugehörigkeit nicht erfaßte Zahl von 6553 arbeitslosen Mitgliedern, sowie der nicht erfaßten 10 609 pensionierten Mitglieder.

Nach dem durch die Erhebung festgestellten Gesamtmitgliederstand sind 203 847 oder 84,6 Proz. männlichen und 36 924 oder 15,4 Proz. weiblichen Geschlechts. Die absoluten Mitgliederziffern sind gegenüber dem Vorjahre gestiegen bei den männlichen von 184 047 auf 203 847 oder um 19 800 = 10,7 Proz., die weiblichen von 32 683 auf 36 924 oder um 4 241 = 13,0 Proz. Von den männlichen Beschäftigten gehören unserem Verbands an 67,7 Proz., von den weiblichen 60,0 Proz. Das Organisationsverhältnis ist bei den männlichen gegenüber den weiblichen um 7,7 Proz. günstiger.

Die verschiedenen freigewerkschaftlichen Bruderorganisationen weisen eine Gesamtzahl von 28 292 Mitgliedern auf oder 7,8 Proz. der Beschäftigten. Die Vielgestaltigkeit der öffentlich-rechtlichen Betriebe bringt es mit sich, daß so gut wie alle handwerklichen Berufsarten vorhanden sind und ausgeübt werden. Es ist daher naheliegend, daß Mitglieder anderer freigewerkschaftlicher Verbände, die ihren Uebertritt zu unserem Verband aus irgendwelchen Gründen nicht vollziehen, entsprechend in unserer Statistik in Erscheinung treten. Die verhältnismäßig niedrige Gesamtprozentquote der Mitglieder anderer freigewerkschaftlicher Verbände beweist nur die überragende Vorrangstellung unseres Verbandes in den öffentlich-rechtlichen Betrieben und Verwaltungen. Erwähnt sei, daß von den verschiedenen freigewerkschaftlichen Verbänden nur zwei mit nennenswerten Mitgliederzahlen aufwarten. Das sind der Deutsche Verkehrsbund mit 10 755 oder 3,0 Proz. der Gesamtzahl der Beschäftigten und der Deutsche Metallarbeiterverband mit 7900 Mitgliedern oder 2,2 Proz. der Beschäftigten. Die übrigen freigewerkschaftlichen Verbände haben insgesamt 9637 oder 2,6 Proz. Diese Ziffern zeigen, wie ganz zwangsläufig unsere Organisationsform sich bei

den Beschäftigten in den öffentlich-rechtlichen Betrieben durchgesetzt hat.

Die gegnerischen Verbände haben insgesamt 24 393 Mitglieder oder 6,7 Proz. der Beschäftigten. Unter den gegnerischen Verbänden haben die christlichen Gewerkschaften die höchste Mitgliederquote mit 17 326 oder 4,8 Proz. Die Zahl der in wirtschafstsfriedlichen (gelben) Verbänden organisierten beträgt nur 2371 und die Zahl der in sonstigen gegnerischen Verbänden organisierten beträgt 4696 oder 1,3 Proz. von der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Erwähnt sei auch die Zahl der Unorganisierten. Diese sind bei 69 091 oder 19,1 Proz. der Gesamtbeschäftigten festgestellt worden.

Im Rahmen des Gesamtbildes stehen voran die Gemeindebetriebe mit insgesamt 255 522 oder 70,4 Proz. der Gesamtbeschäftigten. Die Beschäftigtenziffer in den Gemeindebetrieben ist gegenüber dem Vorjahre um 18 469 oder 8,0 Proz. gestiegen. Entsprechend ist auch unsere Mitgliederzahl in den Gemeindebetrieben gegenüber dem Vorjahre gestiegen, und zwar von 161 236 auf 175 813 um 14 577 = 9,0 Proz.

Die Beschäftigten in den Betrieben der Kreisverwaltungen sind mit 14 784 festgestellt worden. Von dieser Zahl gehören 10 590 oder 71,6 Proz. als Mitglieder unserem Verbands an. Der prozentuale Anteil der Beschäftigten in den Betrieben der Kreisverwaltungen zur Gesamtzahl der statistisch erfaßten Beschäftigten beträgt 4,0 Proz.

In den Betrieben der Provinzialverwaltungen sind 14 533 Beschäftigte gezählt worden. Der Prozentanteil zur Zahl der Gesamtbeschäftigten beträgt 4,0 Proz. Von den Beschäftigten in den Provinzialverwaltungen gehören unserem Verbands an 7725 oder 53,2 Proz.

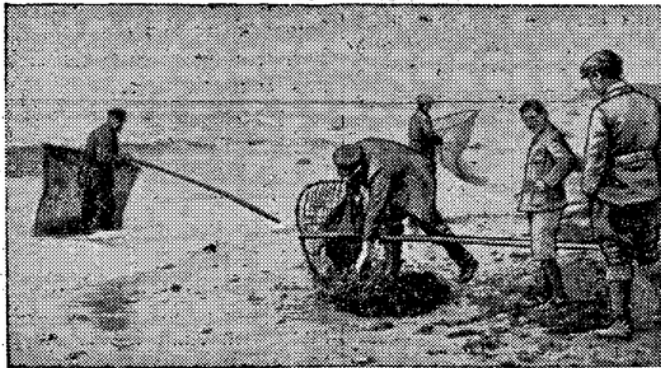
In den Staatsbetrieben wurden 30 745 Beschäftigte festgestellt; es sind das 8,4 Proz. der Gesamtzahl der Beschäftigten. Von den in Staatsbetrieben festgestellten Beschäftigten gehören 22 123 oder 72,0 Proz. unserem Verbands an.

In den Reichsbetrieben sind 29 261 Beschäftigte festgestellt worden. Die Prozentquote zur Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 8,0 Proz. An Mitgliedern unseres Verbandes sind in den Reichsbetrieben 13 768 oder 47,0 Proz. gezählt worden.

In den zu unserem Organisationsbereich gehörenden Privatbetrieben sind insgesamt 17 702 Beschäftigte gezählt worden. Das sind 4,8 Proz. der Gesamtbeschäftigten. An Mitgliedern sind 10 752 oder 60,7 Proz. der Gesamtzahl der in Privatbetrieben Beschäftigten gezählt worden.

Die Gliederung der Beschäftigten und Mitglieder nach den einzelnen Sektionen, die Sektion: „Gas-, Elektrizitäts- und Wasser-

wirtlich gegen die Küste. Soeben scheint noch schon die Sonne, und manchmal schon in einer halben Stunde ist das Meer nicht wiederzuerkennen. Brausend und heulend peitscht es der Sturm, lange Schaumkämme über das Wasser ziehend. Stündlich nimmt die Gewalt des Sturmes zu. Unheimlich kommen die grünen Wasserberge herangerollt, um sich mit donnerndem Tosen am Strande zu überschlagen. Bald ist der ohnehin schon schmale Strand der Samlandküste trockenen Fußes nicht mehr zu beschreiten; die Wogen überspülen ihn gänzlich und schlagen bereits an die Lehmwände des Steilufers, Stück für Stück von diesem abreißend. Dann kommt der Bernstein an die Küste, aber zu fischen ist er erst, wenn nach etwa zwei Tagen der Sturm den Höhepunkt erreicht bzw. schon überschritten hat. Bei noch steigendem Sturm wird er nicht ausgeworfen, weil ihn das ziehende Wasser der nächsten Woge wieder mit zurücknimmt. Diesen Augenblick des eben überschrittenen Sturmhöhepunktes und des damit verbundenen Abschwächens der Wogen-gewalt abzufassen, ist für den Bernsteinfischer das wichtigste. Dann erscheinen, manchmal schon nachts um 1 Uhr mit Laternen, die Männer am Strand, angetan mit hohen Wasserstiefeln und Gummi- oder Gelfzeug. Jeder hat eine Tasche für die zu er-



wartende Austeute umgehängt und strebt, den Kächer in der Hand, den als ergiebig bekannten Stellen der Küste zu. Hier wird, bedingt durch günstige Formation des unterseeischen Vorkeländes infolge Fehlens von Felsblöcken und Sandbänken, die für das Herauskommen des Bernsteins hinderlich sind, besonders viel Bernstein, vermischt mit großen Mengen Seegras und Holzkohle, ausgeworfen. Das Fischgerät, der Kächer, besteht aus einer 6 bis 8 Meter langen, biegsamen Stange, an deren Ende eine daumenbreite Weidenrute zu einem Oval von etwa 1 1/2 Meter Durchmesser zurechtgebogen und befestigt ist. Darunter hängt ein engmaschiger, 1 1/2 Meter tiefer Netz. — So ausgerüstet steht der Bernsteinfischer im eisigen Wasser, manchmal bis zu acht Stunden, oft bis über die Brust umspült, und sucht dem Meer seine Schätze zu entreißen. Jede anrollende dritte Woge ist größer als die übrigen und bildet nach einem starken Zurückfluten des Wassers kurz vor ihrem Uberschlagen eine bis zwei Meter hohe, fast senkrechte Wand. In dieser steht nun der geübte Bernsteinfischer, besonders bei Sonnenlicht, die größeren Stücke blitzen. Er stürzt sich darauf zu, stößt seinen Kächer in den Grund der Wassermauer, die in der nächsten Wellsekunde brüllend über ihn hereinbricht, und

werke", die Sektion: „Gesundheitswesen“, die Sektion: „Reichs- und Staatsarbeiter“ und die Sektion: „Kämmereibetriebe“ zeigt wiederum anders geartete Zahlenbilder.

In der Reichssektion: Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke wurden insgesamt 83 336 Beschäftigte, von denen 61 746 oder 74,1 Proz. Mitglieder unseres Verbandes sind, gezählt. Die freigewerkschaftlichen Verbände haben insgesamt 6201 Mitglieder oder 7,4 Proz., die gegnerischer Verbände 3828 oder 4,6 Proz., als Unorganisierte wurden 11 566 oder 13,9 Proz. gezählt.

Die Reichssektion „Gesundheitswesen“ zeigt insgesamt 65 557 Beschäftigte und 41 843 oder 63,8 Proz. Mitglieder unseres Verbandes. Die freigewerkschaftlichen Verbände haben hier nur 1018 oder 1,6 Proz. Mitglieder, die gegnerischen Verbände 6340 oder 9,7 Proz. Mitglieder und die Unorganisierten stehen mit 16 356 oder 24,9 Proz. der Beschäftigten.

Die neue Reichssektion „Kämmereibetriebe“ umfaßt die verschiedenartigen Betriebsarten der Gemeinde-, Kreis-, Provinzialverwaltungen, einige zu den Staatsverwaltungen (Straßenwärter) gehörend und Privatbetriebe, soweit sie nicht zu anderen Reichssektionen gehören. Die Reichssektion Kämmereibetriebe umfaßt insgesamt 168 584 Beschäftigte, von denen 111 809 oder 66,3 Proz. Mitglieder unseres Verbandes sind.

Die Reichssektion Reichs- und Staatsbetriebe umfaßt 60 006 Beschäftigte, von denen 35 891 oder 59,8 Proz. Mitglieder unseres Verbandes sind. Die Gesamtzahl der Beschäftigten setzt sich zusammen aus 43 388 oder 72,3 Proz. Männlichen und 16 618 oder 27,7 Proz. Weiblichen. Die Gesamtzahl der Mitglieder unseres Verbandes in der Reichssektion Staats- und Reichsbetriebe mit 35 891 setzt sich zusammen aus 25 354 oder 70,6 Proz. männlichen und 10 537 oder 29,4 Proz. weiblichen Mitgliedern. Die freigewerkschaftlichen Verbände haben in den Reichs- und Staatsbetrieben insgesamt 7116 oder 11,8 Proz. Mitglieder, die

gegnerischen Verbände haben 3196 oder 5,4 Proz., die Unorganisierten zählen 13 803 oder 23,0 Proz. der Beschäftigten.

Das Organisationsprinzip unseres Verbandes, das ohne Rücksicht auf die Berufszugehörigkeit der im Betriebe Beschäftigten den Betrieb zur Zelle der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation macht und die Zellen zur Form der einheitlichen zentralen Betriebsorganisation vereint, ist längst über die Feuerprobe hinaus und bietet anerkanntermaßen Gewähr für Erhöhung der gewerkschaftlichen Machtstellung gegenüber der durch fortschreitende Kapitalkonzentration zwangsläufig verstärkten Machtstellung der vereinigten Arbeitgeber. Gegenüber den öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern, den Verwaltungsbehörden in Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat und Reich, deren von vornherein überragende wirtschaftliche Machtstellung noch durch die Staatsautorität erhöht wird, vermochte und vermag keine andere Organisationsform als die zentrale Betriebsorganisation dauernd den gewerkschaftlichen Einfluß erfolgreich zu behaupten, geschweige zu steigern.

Die privatkapitalistischen Konzentrationsstrebungen, verbunden mit radikalen Rationalisierungsbestrebungen, schieben so gut wie alle alten lokalen, bezirklichen, ja territorialen in Gewerbe, Handel wie Industrie entwickelten Formen des Produktionsprozesses der Warenverteilung wie Betriebsführung und Verwaltung beiseite, setzen an ihre Stelle neue, aus der Zweckmäßigkeit geborene Formen ohne Rücksicht auf alte berufliche oder gewerbliche Traditionen und zwingen auch die gewerkschaftlichen Organisationen zur Konzentration.

Soll die gewerkschaftliche Konzentration eine höhere und zweckmäßigere gewerkschaftliche Organisationsform darstellen, die erfolgreicher als bisher die wirtschaftlichen wie beruflichen Aufgaben der Arbeiterschaft wahrnimmt, die Erringung der Wirtschaftsdemokratie in Angriff nimmt und der Lösung entgegenführt, dann muß das Organisationsprinzip unseres Verbandes für die gewerkschaftliche Organisationsform allgemeine Anerkennung finden.

**Gesamtzusammenstellung über Organisationszugehörigkeit.**

Angaben aus 896 Filialen.

Stand vom 1. Januar 1929.

Betriebsart	Zahl der Betriebsverwaltungen	Gesamtzahl der Beschäftigten			Unserem Verbands gehören an:				Freigewerkschaftliche Verbände						Gegnerische Verbände				Unorganisierte				
		männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	Prozent	Metallarbeiter	Maschinen- und Heizarbeiter	Derlebensbund	Baugewerksbund	Gärtner	Sonstige	zusammen	Prozent	Christliche Gewerkschaften	Wirtschaftsbund (Gelbe)	Sonstige	zusammen	Prozent	Zahl	Prozent
Gemeindebetriebe		221 105	34 417	255 522	154 150	21 663	175 813	68,8	3 740	1 013	8 132	673	1 351	3 333	18 247	7,1	12 887	1 508	1 939	16 334	6,4	45 128	17,7
Kreisbetriebe		12 999	1 785	14 784	9 949	641	10 590	71,6	78	15	28	5	3	30	159	1,1	510	129	922	1 561	10,6	2 474	16,7
Provinzialbetriebe		8 903	5 630	14 533	5 495	2 230	7 725	53,2	49	32	55	11	3	55	205	1,4	1 130	541	696	2 367	16,3	4 336	29,1
Staatsbetriebe		18 782	11 963	30 745	14 307	7 816	22 123	72,0	108	93	323	70	98	526	1 218	3,9	1 018	107	779	1 904	6,2	5 500	17,9
Reichsbetriebe		24 606	4 655	29 261	11 047	2 721	13 768	47,0	2 977	207	1 205	247	4	1 258	5 898	20,2	1 120	64	108	1 292	4,4	8 303	28,4
Privatbetriebe		14 641	3 057	17 702	8 899	1 853	10 752	60,7	948	276	1 012	49	15	265	2 565	14,5	661	22	252	935	5,3	3 450	19,5
Insgesamt		301 040	61 507	362 547	203 847	36 924	240 771	66,4	7 900	1 636	10 755	1 055	1 474	5 472	28 292	7,8	17 326	2 371	4 696	24 393	6,7	69 091	19,1

schiebt ihn bis zum Ende der Stange unter der Welle hindurch. Er „schöpft“ den Bernstein. Günstigenfalls hat er dann seinen halben Heschack voll Steine und Seetang mit einem etwa faustgroßen Stück Bernstein dazwischen. Diese Zentnerlast schleppt er nun an seiner Stange ziehend aufs Trockene, wobei ihm vom Strand her die ganze Wucht der zurückflutenden und ziehenden Welle entgegenkommt, so daß er sich fest dagegen stemmen muß, um nicht abgetrieben zu werden. An Land wird der Sack ausgeschüttet und der Inhalt von Frauen und Kindern auch auf kleinere Stücke genau durchsucht. Inzwischen ist der Bernsteinfischer schon wieder ins Wasser gegangen zum nächsten Fang.

So geht es stundenlang, bis das Meer nichts Wesentliches mehr herausgibt. Der geübtere Bernsteinfischer hat bei gutem Sturm etwa 4 bis 5, manchmal auch 10 und mehr Pfund Bernstein in allen Größen geschöpft, den er innerhalb 24 Stunden dem Aufkäufer abzuliefern verpflichtet ist. Er erhält je nach Größe und Gewicht der Stücke für seinen Fang 30 bis 40 Mk., jedoch auch Fänge von 100 Mk. und mehr sind keine Seltenheit.

Manche Sturmtage wieder bringen den Bernstein, allerdings nur in kleineren Stücken bis zur Größe eines Eies, in riesigen Felbern von Seetang verpackt an die Küste. Diese von der Brandung, vom Atem der See, hin und her gespülten Seegrasfelder führen außerdem noch alle erdenklichen Abfall des Meeres und der Schifffahrt mit sich. Der Bernsteinfischer kann dann nur in ermüdender Arbeit Käse für Käse voll des nassen Seegrases an Land ziehen und diese durchsuchen. Der Erfolg ist jedoch nicht groß.

Durch die bergmännische Förderung und durch Fischerei werden jährlich etwa 500 Tonnen Rohbernstein gewonnen. Hier- von sind rund ¼ zur Herstellung von Bernsteinwaren zu kleinstückig oder zu unrein und werden in der Schmelzfabrik in Palminäcken bei einer Temperatur von 400 Grad geschmolzen. Das Hauptprodukt dieser Zersetzungsschmelzung ist das Bernsteinkolophon, welches als Rohstoff für die Herstellung der bekannten Bernsteinlacke dient; als Nebenprodukt erhält man Bernsteinöl und Bernsteinsäure.

Diejenigen Bernsteinorten, die für die Verschmelzung zu wertvoll sind, schiebt man nach Königsberg, wo sie in etwa 250 Handelsorten getrennt und an die Bernsteinwarenfabrikanten verkauft werden. Was von diesem Bernstein wegen zu kleiner oder ungeeigneter Körnung nicht unmittelbar verarbeitet werden kann, wird nach Beseitigung der Verwitterungsrinde unter Erwärmung und außerordentlich hohem Druck zu Preßbernstein verarbeitet und als Tafeln und Stangen in den Handel gebracht, aus denen dann wieder die verschiedensten Gegenstände gefertigt werden.

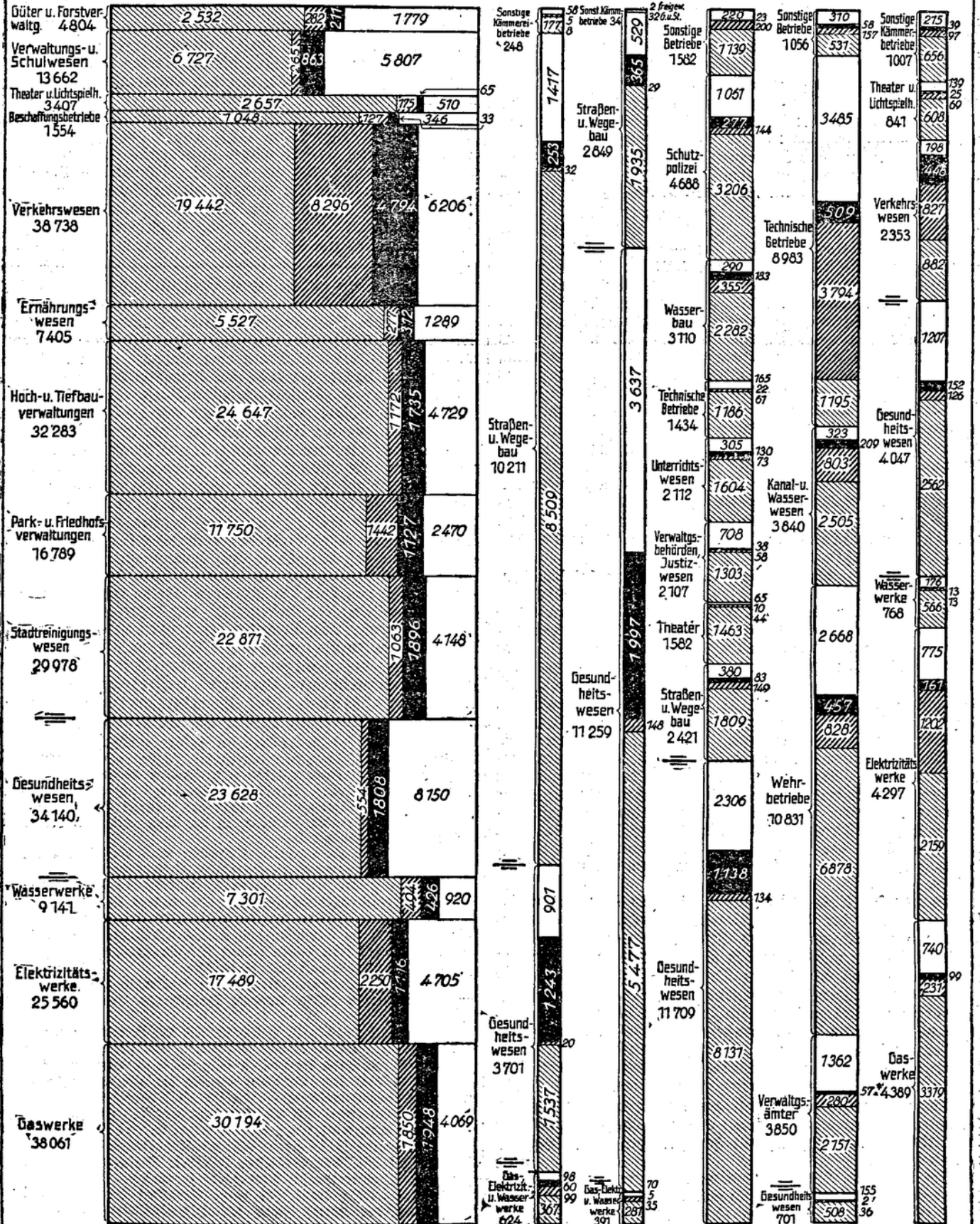
Aus Bernstein wird alles nur denkbare hergestellt. Man kann aber drei große Gruppen von Gegenständen unterscheiden: Raucherartikel, Schmucksachen und kunstgewerbliche, geschnitzte Tiergegenstände. Ein großer Teil dieser Bernsteinartikel wird ausgeführt und bildet somit einen nicht zu unterschätzenden Teil unseres Außenhandels.

Friß M u s c h i c k.



# Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Organisationszugehörigkeit nach Angaben aus 896 Filialen

Stand vom 1. Januar 1929.



**Insgesamt:**  
362.547  
Beschäftigte  
davon  
240.777  
Mitglieder

**Gemeindebetriebe**  
255.522 Beschäftigte

**Kreisbetriebe** 14.784 Besch.  
**Provinzialbetriebe** 14.533 Besch.  
**Staatsbetriebe** 30.745 Besch.  
**Reichsbetriebe** 29.261 Besch.  
**Privatbetriebe** 17.702 Besch.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter  
 Andere freie Gewerkschaften  
 Gegnerische Verbände  
 Organisationszugehörigkeit nicht ermittelt

## Die Stadtgemeinde Ulm vor dem Reichsarbeitsgericht

Nach 20 Monaten Dauer wurde vor dem Reichsarbeitsgericht ein Lohnstreit zum Austrag gebracht, der zeigte, wie wenig ernst es manchmal die Stadtgemeinden mit der Durchführung tarifvertraglicher Vereinbarungen nehmen und der den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation erneut vor Augen führte.

Der Sachverhalt ist folgender:

Durch Bezirksarbeitsvertrag vom 1. Oktober 1927 ist für die württembergischen Städte Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Esslingen festgelegt, daß die Straßenwärter, denen die Reinigung und Beaufsichtigung eines bestimmten Bezirks übertragen ist, nach der Lohnklasse 2 zu entlohnen sind. Obwohl diese Vereinbarung unter der Mitwirkung eines Bürgermeisters der Stadt Ulm zustande kam, weigerte sich nachher der Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Personalreferent, diese durchzuführen. Alle Versuche des Gesamtbetriebsrats und der Organisation, den 34 in Frage kommenden Kollegen, ihren um 6 Pf. die Stunde höheren Lohn anzuerkennen, scheiterten an der Starrköpfigkeit der Stadtverwaltung. Im Monat März 1928 stand nun fest, daß die Stadtverwaltung von ihrem ablehnenden Standpunkt nicht abzubringen sei. Deshalb wurde die Bezirkschiedsstelle, die wegen einem anderen, die Stadt Ulm betreffenden Falle gerade zusammentrat, angerufen. Die Lohnstreitfrage wurde aber vertagt, um einestheils der Stadt die Möglichkeit zu geben, sich bei der Verhandlung durch einen technischen Beamten des Tiefbauamts vertreten zu lassen und andernteils auch den Klägern Gelegenheit zu bieten, eine genaue Aufstellung aller bei dem Streitfall in Frage kommenden Kollegen vorzulegen. Erst am 20. Juli 1928 trat die Bezirkschiedsstelle wieder zusammen. Sie fällte nach eingehender Beratung die Entscheidung, daß die Stadtgemeinde Ulm verpflichtet sei, den Straßenwägern den Lohn, gemäß den bezirkstariflichen Vereinbarungen, nach Lohnklasse II zu bezahlen.

Hiergegen legte die Stadtverwaltung Berufung bei dem Zentralauschuß ein, zog jedoch in letzter Stunde die Berufung wieder zurück und bezahlte den strittigen Lohnunterschied von 6 Pf. die Stunde, vom Tage der Fällung der Entscheidung der Bezirkschiedsstelle am 20. Juli nach. Damit konnten wir uns natürlich nicht zufrieden geben. Die Gauleitung machte zunächst den Vermittlungsvorschlag, die Lohnnachzahlung vom Tage der Einreichung der Klage, am 28. März 1928, an zuzugestehen. Darauf ließ sich die Stadtverwaltung nicht ein. Deshalb wurde das Arbeitsgericht Ulm angerufen. Dieses wies uns aber unbegrifflicherweise unter Berufung auf ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 28. März 1928 ab und erklärte, daß Entscheidungen der Bezirkschiedsstelle in derartigen Lohnstreitigkeiten keine Rückwirkung hätten. Durch die Auslegung einer Bezirkschiedsstelle würde gewissermaßen erst neues Recht geschaffen, das aber erst vom Tage der Entscheidung an Geltung habe. Welche sonstigen Einflüsse sich hierbei geltend machten, soll ununtersucht bleiben.

Es war für jeden unbefangenen Menschen klar, daß es sich bei dem Spruch der Bezirkschiedsstelle durchaus nicht darum handelte, eine Bestimmung des Bezirksarbeitsvertrags zu interpretieren, sondern nur darum, den klaren Wortlaut des Vertrags durchzuführen. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich auch der unparteiische Vorsitzende der Bezirkschiedsstelle, Amtsgerichtsrat Dr. Gros in Stuttgart, der erklärte, man hätte in der Entscheidung das Datum ihres Inkrafttretens deshalb nicht noch ausdrücklich hineingenommen, weil es doch eine Selbstverständlichkeit wäre, daß die tarifvertraglichen Vereinbarungen vom Tage der Geltung des Vertrags an durchzuführen seien.

Auch das angezogene Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 28. März 1928 war deplaziert, weil es eine Sache betraf, die nicht im geringsten im Vergleich mit der strittigen Frage gebracht werden konnte.

Im Wege des Sprungverfahrens wurde der Streit an das Reichsarbeitsgericht gebracht, das nun 6 Monate nach der Anhängigmachung dort am 19. Juni die Entscheidung fällte:

Das Urteil der Vorinstanz wird aufgehoben und die Beklagte verurteilt, den Klägern den Differenzbeitrag zu bezahlen.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Beklagte rechtzeitig zur Bezahlung des richtigen Lohnes aufgefordert worden sei und die Forderung der Kläger berechtigt wäre.

Damit erhalten 34 Kollegen für je 2008 Stunden eine Nachzahlung von je 120,48 Mk., außerdem hat die Stadtgemeinde infolge der Dickköpfigkeit ihrer Verwaltung noch das „Ver-

gnügen“, die sehr erheblichen Kosten der beiden Instanzen zu bestreiten.

Vor dem Reichsarbeitsgericht hat unsere Sache Professor Dr. Sinzheimer-Frankfurt wirksam vertreten, während sich der Arbeitgeberverband als Verteidiger einen Reichsgerichtsrat leistete, der jedoch gegen die von uns vorgetragene Argumente nicht aufkommen konnte.

Ob die Stadtverwaltung Ulm aus dem Verlauf des Prozesses die notwendige Lehre zieht, mag dahingestellt sein, aber unseren Kollegen ist jetzt wieder eindringlich die Tatsache eingehämmert worden, daß sie ohne die rücksichtslose Vertretung ihrer Interessen durch die Verbandsleitung schmächtig unterlegen wären. Mögen deshalb allerwärts unsere dem Verbands noch fernstehenden Kollegen die notwendige Konsequenz daraus ziehen, fernstehenden Kollegen die Konsequenzen daraus ziehen. A.

### Aus Politik und Volkswirtschaft

**Zehn Jahre Friedensvertrag.** Am 28. Juni 1919 wurde in Versailles der Friedensvertrag unterzeichnet. Nachdem wir bereits im November 1918 auf Gnade oder Ungnade einen Waffenstillstand erbeten hatten, der durch die Nervosität des Hazardspielers Ludendorff in kopflos-überreilter Weise vor sich ging. Alle schönen „Kampf-Ideologien“ der Sieger vom breiten Europa, alle Verheißungen des Wilson-Friedens usw. wurden jäh zunichte gemacht durch die erbarmungslose Formulierung der Friedensbedingungen, die freilich den Eroberungsandrohungen unserer deutschen Nationalisten auf der anderen Seite entsprachen. Wenn diese Kreise um Hugenberg heute Zeter und Mordio schreien, so sind sie am wenigsten dazu berufen, denn ihnen verdanken wir in erster Linie das furchtbare Versailles-Friedensdiktat. Aber daß diese Leute auch heute nichts zugeleert haben, beweist ihr Geschrei gegen den Young-Plan, der immerhin eine Erleichterung von über 500 Millionen jährlich bedeutet gegenüber dem Dawes-Plan, der bekanntlich mit 50prozentiger Hilfe der Deutschnationalen vom Reichstag genehmigt wurde. Heute, da die Deutschnationalen nicht mehr in der Regierung sitzen, schimpfen sie hemmungslos und reden sogar von einem „Volkentscheid“. Demgegenüber verweist der „Dorwärts“ treffend auf die innere Unwahrhaftigkeit der Hugenbergianer und der absichtlich irreführenden Parole: „Kampf der Kriegsschuldlinge.“

„Man fragt sich verwundert, in welcher geistigen Isolierung die deutschnationalen Führer von den großen Massen des deutschen Volkes leben, wenn sie glauben, mit diesem verfaulenden Ladenaufbau noch irgend jemand locken zu können. Der Deutsche hat längst aufgehört, sich über die Kriegsschuldlinge aufzuregen, und zwar aus vielerlei Gründen:

1. Weil kein erster Politiker in der Welt mehr an die alleinige Schuld Deutschlands glaubt.

2. Weil durch die begeisterte Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund vor drei Jahren und die anerkannte Großmachtstellung Deutschlands die ebenso unwahre wie unsinnige Behauptung des Artikels 231 des Friedensvertrages offenkundig preisgegeben worden ist.

3. Weil jeder Wähler, der kein politischer Analphabet ist, weiß, daß wir auch bei einem förmlichen und feierlichen Widerruf des Artikels 231 durch die Siegermächte keinen halben Pfennig weniger an Reparationen zu zahlen hätten als nach dem Young-Plan.

4. Weil mit Ausnahme einiger alter Weiber in Potsdam, München und Doorn an die völlige Unschuld Deutschlands am Kriege niemand glaubt.

5. Weil die Zurückweisung des Artikels 231 bereits vor zehn Jahren aus sozialdemokratischer Runde so eindeutig und feierlich erfolgt ist, wie seitdem noch nie durch irgendeinen bürgerlichen Kanzler und Minister.

6. Weil auch jene Deutschen — und die gibt es namentlich auch unter den Sozialdemokraten — die sich einst über den Artikel 231 aus historischen und moralischen Gründen besonders aufregten (vielleicht sogar mehr als es wert war), längst erkannt haben, daß der Kampf gegen diesen Artikel ausgeartet ist, in einen höchst geschichtswidrigen und unmoralischen Versuch, das mit Recht verflozene kaiserliche Regime reinzuwaschen und für die Hohenzollernndynastie Propaganda zu machen.

7. Und endlich, weil das ganze Verhalten der Deutschnationalen beweist, daß der Kampf gegen die Kriegsschuldlinge bei ihnen keine Herzenssache, sondern ein widerwärtiges politisches Saisongeschäft ist.“

Wir Gewerkschafter sind wahrlich nicht der Meinung, daß das Young-Abkommen der Weisheit letzter Schluß ist, müssen aber doch ganz entschieden gegen die deutschnationale Brunnenvergiftung protestieren, die durch die Hugenbergpresse leider auch in weite Kreise der Arbeiterschaft kommt. Es ist daher Pflicht aller aufgeklärten Arbeiter, dagegen Stellung zu nehmen.